

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 6 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 8

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr.
Verlags-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Volkswirtschaftliche Gesetze, Regelmäßigkeiten.

Von Franz Union Wehtold.

Es gibt: Natur-, Seelen-, Denk-, Sitten- und Rechts-gesetze. Von ihnen soll hier nicht die Rede sein, sondern von den Gesetzen der Volkswirtschaft. Gesetz bedeutet im allgemeinen soviel wie Regel, nach der sich ein Vorgang vollzieht. Aber die Vorgänge in der Natur, im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben sagen nicht selber: so bin ich, nach der und der Regel betwinge ich mich oder danach handle ich, sondern die den Vorgängen innewohnenden Notwendigkeiten muß der Menschengeist erforschen und erklären. Der Forscher muß feststellen, wie die Dinge entstanden, wie sie beschaffen sind, welche Wirkungen sie ausüben und wie sie sich zueinander verhalten. Ein Gesetz kommt dann zustande, wenn der Forscher sagen kann, so ist diese Sache, sie geht diesen oder jenen Gang. Etwas so ganz genau zu sagen, ist sehr schwer. Gelingt es, einen Vorgang ganz genau zu beschreiben und sein zukünftiges Verhalten genau vorherzusagen, dann ist sein gesetzmäßiger Zustand aufgeklärt oder sein Gesetz dargestellt. Derartige Gesetze gibt es sehr wenige.

In der Volkswirtschaft ist es besonders schwierig, zu solchen Gesetzen zu gelangen. Man spricht zwar davon, aber damit ist nicht gesagt, daß das genannte Gesetz auch für alle Fälle und für immer gilt. Das besondere Kennzeichen eines Gesetzes ist aber gerade, daß es ohne Ausnahmen gilt. Wenn es nun auch für die Wirtschaftswissenschaft sehr schwierig ist, Gesetze aufzustellen, so muß der Versuch immer wieder und immer wieder gemacht werden. Gelingt es nicht, mit einem Male dazu zu kommen, dann muß es eben stückweise geschehen. Was nicht alsbald und ganz aufgeklärt werden kann, das muß eben später und teilweise aufgeklärt werden. Es ist immer besser, etwas von den Dingen zu wissen, als sie gänzlich zu verkennen. Nur muß davor gewarnt werden, auf nicht genügend aufgeklärten Vorgängen wirtschaftlich aufzubauen.

Dieser Fehler (Unbewiesenes wird als bewiesen angenommen) wird aber oft gemacht. Es wird von den unabänderlichen Gesetzen des Wirtschaftslebens gesprochen, dabei kann aber oft von Gesetz (in dem erläuterten Sinne) gar keine Rede sein, geschweige denn davon, daß es unabänderlich ist. Was uns heute als unabänderlich scheint, das kann schon morgen anders aussehen; denn niemand kann mit Sicherheit sagen, wie sich die wirtschaftliche Zukunft gestalten wird. Man kann nur, wenn man mit geschultem, sachkundigen Blick die nötigen Beobachtungen gemacht hat, sagen, diese Sache wird sich etwa in der und der Weise entwickeln. Man kann erklären, so war dies früher, das und das waren die Ursachen, die zur Entstehung einer Sache geführt haben, wie und diese Ursachen haben ihre Entwicklung gefördert oder sie gehemmt. Wenn nichts anderes oder nichts Neues dazwischenkommt, wird die Entwicklung auch in Zukunft so sein. Daraus aber geht hervor, daß die Entwicklung der Zukunft so oder so beurteilt werden kann, je genauer die Vergangenheit und Gegenwart erfaßt ist. Wenn auch schwer verständliche, volkswirtschaftliche Gesetze aufzustellen sind, so ist es doch möglich, annähernde Gesetze zu finden, gewisse Regeln zu erkennen, die im Wirtschaftsleben wirksam sind. Unter diesen Vorbehalten mögen die Gesetze aufgefaßt werden, die hier besprochen werden.

Das eherner Lohngesetz. Die älteren National-ökonomien sprachen schon davon. Sie lehrten, daß es für die Arbeitsleistungen einen „natürlichen“ Preis gebe, um den der wirkliche Lohn auf- und abschwankt. Der natürliche Preis ist, der, der nötig sei, um die Arbeiter (einen mit dem andern) instand zu setzen, zu beschien, ihr Geschlecht fortzupflanzen ohne Vermehrung oder Verminderung. Ricardo erklärte, daß die Höhe dieses Lohnes wesentlich von den Sitten und Gebräuchen des Volkes abhängt. Lassalle nannte dieses Gesetz „das eherner und graufames Gesetz“, das den Arbeitslohn beherrscht. „Es kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst erstände durch die

leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung, die den Arbeitslohn auf und unter seinen früheren Stand herunterdrücken würden. Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen; denn dann entsetzten Auswanderung, Ehelosigkeit, Enttaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Gend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, die somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Standpunkt zurückbringt.“

Beurteilung dieses Gesetzes. Damals, als Lassalle sein ehernes und graufames Lohngesetz gefunden hatte, mögen die Verhältnisse ungefähr so gewesen sein, wie er sie beschrieb. Inzwischen aber hat sich vieles daran geändert. Das Wichtigste ist, daß die Gütererstellung inzwischen ergiebiger geworden ist, daß die Fähigkeit, mehr und Besseres herzustellen, gewachsen ist. Aus diesem Grunde können die Arbeiter auch mehr erhalten (einseitigen wirken die Verluste des Krieges dagegen). Nur daß das, was im gesamten erarbeitet wird, nicht gleichmäßig an die gelangt, die es erarbeitet haben. Es gibt Gruppen, die mehr verdienen als andere, ohne daß sie sich mehr anstrengen oder mehr leisten. Zwischen Verheirateten und Unverheirateten ist ein Unterschied zu machen. Wie durch technische Verbesserungen, so kann auch die Lage der Arbeiter durch ergiebigere Arbeitsarten und durch zweckmäßigere Ordnung in der Wirtschaft verbessert werden. Die Minderung der Nachkommenchaft ist im allgemeinen ein untaugliches Mittel zur Hebung des Lohnes. Denn wo weniger Bedarf an Waren ist, da ist auch der Bedarf an Arbeitskraft geringer. Gerade die Bevölkerungsvermehrung hat an empfindend und vorwärtsstreibend auf die volkswirtschaftliche Entwicklung gewirkt. — Unter allen Umständen aber behält Lassalle darin recht, daß ein zu geringer Lohn zur Verminderung der Arbeitskraft führt. Das ist ehern und graufam und für die Volkswirtschaft schädlich, aber der Lohn (der Reallohn oder wirkliche Lohn, was soviel bedeutet wie: was kann ich mir für meinen Lohn kaufen?) läßt sich erhöhen durch ergiebigere Gütererstellung.

Gesetz der Kapazität. Für die Privat-, die Volks- und Weltwirtschaft ist dies ein sehr wichtiges Gesetz. Insbesondere zeigt es, daß Haß und Jagd nach dem Weltmarkt ganz bestimmte Grenzen haben. Kapazität heißt wörtlich Aufnahmefähigkeit, Fassungsvermögen. Weltwirtschaftlich angewandt, befaßt das Gesetz der Kapazität in einigen Sätzen zusammengefaßt, daß ein Land plötzlich nicht mehr aufnehmen kann, als seiner Verbrauchsfähigkeit (Bevölkerungszahl, Ausbildung des Gewerbes und Handels) entspricht. Jedes Land kann nur eine bestimmte Menge bestimmter Güter fassen; das Gegenstück davon ist: daß ein Land nicht plötzlich mehr an Gütern herstellen kann, als seiner Leistungsfähigkeit entspricht. In diesen Dingen gibt es eine oberste Grenze für jede Volkswirtschaft, also sowohl in der Aufnahmefähigkeit von Gütern als auch in der Herstellung von Gütern. Die Verbrauchsgrundlage kann nur allmählich vergrößert werden, ebenso die Herstellungsgrundlage.

Gesetz des abnehmenden Bodenertrages. Der Boden kann durch Bearbeitung ertragreicher gemacht werden. Bewässerungen, Entwässerungen, zweckmäßigere Bodenaufarbeitung, Düngung können die Ernten vergrößern. Von einer bestimmten Grenze an nützt die in den Boden hineingelegte Arbeit aber nicht mehr in dem Maße, wie mehr aufgewandt wird: Der Ertrag bleibt hinter dem Aufwand zurück. Das kann keineswegs verneint werden, aber es kann nur ungefähr gesagt werden, wo sich im gegebenen Augenblick die Mehrerzeugung nicht mehr lohnt. Als man den künstlichen Dünger und seine Wirkungen noch nicht kannte, war das Schicksal an lohnendem Aufwand bald erreicht. Im Zukunft kann es möglich sein, daß sich ein höherer Aufwand als heute lohnt. Schließlich gilt das Gesetz des Schicksalmaßes an Kapital und Arbeit auch für gewerbliche Betriebe, auch sie werden (bei allem Aufwand und Können) an eine Grenze kommen, wo der Ertrag bei weiterem Aufwand sinkt. Allerdings muß hier hinzugefügt werden, daß Ertragssteigerungen

auch durch leistungsfähigere Arbeitsarten und bessere Ausnutzung der Stoffe möglich sind.

Gesetz des Angebots und der Nachfrage. Der Preis einer Ware richtet sich nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Damit ist aber nicht viel erklärt. Es handelt sich beim Preis nicht um das Angebot und die Nachfrage, sondern um das dringliche Angebot und die dringende Nachfrage: um das Angebot, das verkaufen muß, und um die Nachfrage, die kaufen muß. Wer seine Ware zurückhalten kann, wenn er den gewünschten Preis nicht bekommt, der schlägt sie nicht zu jedem Preis los, und wer zu den geforderten Preisen nicht gerade kaufen muß, der wartet. Diese Zeile des Angebots und der Nachfrage scheiden zeitweise aus der Preisbildung aus. Verkauften müssen und Kaufenden müssen sind für die Preisbildung sehr wichtig. Das wirksame Angebot und die wirksame Nachfrage bringen in der Regel den Preis zustande. Das Verkauften müssen aber kann dringender werden als das Kaufen. Außer der Nachfrage sind unglaubliche Einschränkungen möglich, und zu beachten ist, daß die Zurückhaltung des letzten Verbrauches sich später nicht in einem größeren Drang geltend machen muß: Er kann verzehren und vollkommen und damit scheidet er überhaupt aus der Nachfrage aus. Das zu verhindern zu suchen, ist eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Preisgesetze. Wenn das Angebot steigt, so fallen die Preise, und wenn die Preise fallen, vermehrt sich die Nachfrage. Am ersten und nachhaltigsten machen sich die Preisveränderungen im Großhandel bemerkbar. Im Kleinhandel haben sie ein größeres Beharrungsvermögen. Die Stärke des Preisumfchwungs vermindert oft bis zum letzten Verkäufer. Besonders beim Zurückgehen des Preises ist der Unterschied im Großhandel größer als im Kleinhandel. Es ist ein allgemein zu beobachtender Zug, daß der Warenbesitzer schneller oder lieber in die Höhe geht als von ihr herab. Man kann aber das wirksame Angebot und die wirksame Nachfrage nicht so sicher abgezeichnet werden. Es kommt deshalb vor, daß sich die einseitige Zurückhaltung bald in dringlichen Verkaufswillen umwandelt. Auf den jähren Preissturz wirken neuerdings die Sachgeheimnisse ein. Wenn sie auch den Niedergang der Preise nicht vermeiden können, so warnen und mahnen sie doch die Fachgenossen, sich vor übereilten Schritten zu hüten; danach handeln doch viele und das wirkt jähren Wandlungen entgegen.

Die Preise für weniger entbehrliche Dinge schwanken stärker als die der entbehrlichen (vorausgesetzt, daß der Wert des Geldes einigermaßen gleichbleibt).

Diese und ähnliche Gesetze deuten mehr die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung an, als daß sie etwas als fest und unveränderbar bezeichnen. Sie weisen auf Vorgänge hin, die in der oder jener Form immer zum Vorschein kommen, wenn in derselben Weise gewirtschaftet wird.

Amsterdam gegen Moskau.

Die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei ist an sich für die Amsterdamer Internationale ebensowenig ein Grund, den Ausschluß von Gewerkschaftsmitgliedern zu fordern, wie die Mitgliedschaft einer anderen sozialistischen Partei. Aber die Kommunisten mißbrauchen die Weisheit der Gewerkschaften. Nachdem sie durch Bruderkauf und Zwangsmittel die Aktionskraft der Arbeiterparteien in allen Ländern gelähmt haben, erhielten sie Befehl von der kommunistischen Internationale, das einzige mächtige Volkwerk der Arbeiter-schaft von ihnen heraus zu zerreißen: die Gewerkschaften. Die Einheit des Proletariats ist nur noch gedächelt in den Gewerkschaften. Ihre Unabhängigkeit von dem Streik der politischen Richtungen ist eine unerlässliche Bedingung der Macht, die sie sich im Wirtschaftsleben der europäischen Industrieländer erworben haben. „Alle politischen Parteien“, sagte Marx, „mögen sie sein, welche sie wollen, begeifern die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang, vorübergehend; die Gewerkschaften hingegen fesseln die Arbeiter auf die Dauer; nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Volkwerk entgegenzusetzen.“

Der Ordensgeneral der roten Gewerkschaftsjesuiten, Lofowski, weiß: „Es ist ein lächerlicher Gedanke, in Europa ohne oder gegen die Gewerkschaften die soziale Revolution durchzuführen.“ Der Internationale Gewerkschaftsbund hat aus dieser ihm längst geläufigen Einsicht den Schluß gezogen, daß nichts wichtiger sei, als die Macht der Gewerkschaften zu stärken; er hat in den letzten Jahren nicht nur im wirtschaftlichen Leben, sondern auch in der internationalen Politik sich eine Stellung erobert, wie sie die Gewerkschaften niemals besaßen. Die Arbeitererschaft ist durch ihn zum erstenmal als souveräne Macht dem Terror und der imperialistischen Politik der kapitalistischen Staaten entgegengetreten. Der über Ungarn verhängte Boykott ist von der gesamten Reaktion als Sturmzeichen angesehen worden. Durch die Verhinderung der Munitionsdurchfuhr nach Polen fielen die Arbeitererschaft den Ententestaaten in die Hände und rettete den Frieden. Die vom Gewerkschaftsbund in der Frage des Wiederaufbaues vertretene Politik war eine Kraft der Versöhnung zwischen den Völkern, während die Regierungen nur die Interessen des um die Herrschaft kämpfenden Kapitals ihrer Länder vertreteten. Diese Macht ist jung und hat noch ihre Grenzen; aber die in den Gewerkschaften international vereinigte Arbeitererschaft ist der wahre Bund der Völker. Ihm gehört die Zukunft.

Lofowski ist anderer Meinung. Für ihn und seinesgleichen ist die traurige Linie die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten. Seine Meinung ist: Da die Gewerkschaften so stark sind, daß nur mit ihnen die Befreiung der Arbeitererschaft möglich ist, muß man ihre Macht im Namen der Weltrevolution untergraben. Mit andern Worten: im Namen der Weltrevolution soll der Sieg der Reaktion vorbereitet werden. Nein, sagt Lofowski, wir wollen die Gewerkschaften nicht vernichten, wir wollen sie erobern. Die Gründung einer neuen Internationale der Gewerkschaften beweist aber auch einem Blinden, daß es sich nicht „um Eroberung der Gewerkschaften“ und den Kampf um die geistige Herrschaft in ihnen handelt, sondern um ihre Zersplitterung. Zersplitterung bedeutet Vernichtung der Gewerkschaften als einheitliche Macht im politischen und wirtschaftlichen Leben. So wenig es es einen Kreis mit zwei Mittelpunkten gibt, kann es eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung mit zwei internationalen Zentren geben. Wäre der Internationale Rat der Fach- und Industrieverbände in Moskau wenigstens eine selbständige Internationale der Gewerkschaften! Aber jedermann weiß, was er ist: der Befehlspfeiler der kommunistischen Internationale.

Die kommunistische Internationale wird nach der jüngsten Wendung der russischen Politik den Mund etwas weniger vollnehmen müssen. Sie propagierte bisher die Weltrevolution nach dem Muster Rußlands. Das Rezept, sowohl für das Verfahren der Revolution wie auch für die gesamten Fragen von Staat und Wirtschaft, war von den Volkskommissaren der allrussigewaltigen Sowjetrepublik und ihren Ministern im Exekutivkomitee verschrieben; es kamte in allen kommunistischen Landesapostelen Europas ausgeführt werden. Eine Gewehr dafür, daß die Medizin in jedem Falle gut bekam, bot die Unfehlbarkeit Lenins. Allerdings, diese Unfehlbarkeit ist joga unter seinen Wünschen erschüttert. Das „soziale Experiment“ Lenins, die Kulturrevolution, scheint zu mißglücken. Um das trante russische Volk bei der bolschewistischen Kur nicht ganz zugrunde zu richten, hat Lenin sich entschlossen, das Selbstvertrauen zu ändern. Er läßt den Sozialismus nur noch bedingt zu; nur soweit er dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands und der Sicherung des russischen Staates gegen seine äußeren Feinde dient. Die Volkskommissare wollen sich um jeden Preis die Macht für die Zukunft erhalten, auch um den Preis der reinen Lehre. Kommunismus ist gut, aber die Macht ist besser.

Aus den Propheten der Weltrevolution sind russische Staatsmänner geworden, die sich dem Kapitalismus verschreiben: zynische Opportunisten. Es wird sich jetzt zeigen, wie weit die kommunistische Partei Worsut des Proletariats in aller Welt ist oder nur Stoßtrupp der Sowjetregierung und ihrer neuen Bureauratie. Die kommunistische Internationale kämpfte „für den Sturz der internationalen Bourgeoisie“. Jetzt erteilt Lenin ihre Kongressionen in Rußland und verbißt Milliarden Auszüge an Kapitalisten in Amerika, England, Deutschland. Die Sozialisierung der Produktionsmittel, die Verstaatlichung der großen Betriebe, die Befreiung des privaten Handels haben die Sowjets und ihre Agenten auf allen Kongressen gepredigt. Der russische Heiland und seine Apostel waren die neuen Heiligen auf dem Hausaltar aller kommunistischen Nationen. Jetzt begünstigen sie das Kleingewerbe und die Konsumgenossenschaften, in denen Menschen aus allen Gesellschaftsklassen, und wahrlich nicht zum Klassenkampf, vereint sind. Wie sie selbst zugeben, öffnen sie dem Zwischenhandel Tür und Tor, in der Landwirtschaft wie in der Industrie. Die Partei, die den Sturz des Kapitalismus „mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand“ in allen Ländern als die unmittelbare Aufgabe des gesamten Proletariats propagierte, erhält von Lenin die Antwort, daß der Kapitalismus für Rußland „eine unermessliche Entwicklungshilfe der Produktion und des Austauschens sei“. In Rußland, sagt er, ist der unmittelbare Übergang zum Sozialismus unmöglich. Was wird die kommunistische Internationale, was ihr Mündel, der internationale Rat der Fach- und Industrieverbände, zu dieser Selbstsucht ihrer Führer sagen? Zu den Sozialverrätern gesellen sich nun die Vertreter am Kommunismus. Wird sie auch gegen diese „Slaven des Kapitalismus“ die Flut ihrer Verleumdungen und Lügen loslassen?

Die Kommunisten haben in allen ihren Zeitungen, auf allen Kongressen den Gedanken variiert, „daß auf der Grund-

Verbandsmitglieder!

Laßt uns rüsten zur Urabstimmung!

Am 24. oder am 21. Juli, je nachdem unsere Vereine den Abstimmungstag festlegen, haben wir darüber zu entscheiden, ob wir dem Verbands über die 13 Wochen des Sonderbeitrages hinaus, also vom 1. Oktober an bis zum nächsten Verbandstage, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag opfern wollen.

Keiner darf dieser Abstimmung fernbleiben! Wir wollen sie zu einer machtvollen Kundgebung der Opferfreudigkeit, der Solidarität und des Kampfwillens machen!



lage des kapitalistischen Wirtschaftssystems menschliche Lebensbedingungen unmöglich mehr erreicht werden können.“ Es war die Wahrheit aller Wahrheiten für sie. Nun erklärt Lenin, daß der Kapitalismus in Rußland vorläufig ein notwendiges Übel sei; man müsse ihn nur in der Richtung des Staatskapitalismus lenken. Dieser Weisheit letzter Schluß ist dem Internationalen Gewerkschaftsbund nicht neu, weder für Rußland noch für andere Länder. Er brauchte, um zu dieser Einsicht zu kommen, nicht Getatomben von Menschenleben einem „sozialen Experiment“ zu opfern.

Die Moskauer Gewerkschaftsjesuiten werden zweifellos auch den neuesten Opportunismus Lenins in ein proletarisches Ideal umfingen oder ihn wenigstens mit ihm in Uebereinstimmung zu bringen suchen. Es wird ihnen jedoch niemals gelingen, die Gewerkschaften darüber zu täuschen, daß der nachbesessene Kampf der Arbeiter und Angestellten aller Länder gegen den Weltbund des Kapitalismus nur von einem unabhängigen Internationalen Bunde geführt werden kann, nicht aber von einer Zentrale, die, wie der Moskauer Internationale Rat, sich einer politischen Partei vernechtet hat, deren Programm von jenen Arbeitern, der Regierung Lenins, mit der Lat Rügen gestraft wird.

Geschäftsberichte.

Von Dr. H. Kucjanski, Direktor des Statistischen Amtes, Berlin-Schöneberg.

Als einer der bekanntesten Bankmänner Berlins kürzlich zu der starken Steigerung des Reingewinns seiner Bank begründungsvoll sagte, er „entschuldigen“: „Meiner Kenntnis nach sind die Direktoren der Deutschen Bank nicht bereit, als sie in dem letzten veröffentlichten Bericht für das Jahr 1920 bei einem Gesamtumsatz von 1282 Milliarden Mark einen Reingewinn von nur 174 Millionen Mark herauszubereiten. Denn so unwirtschaftlich kann die Bank unmöglich gearbeitet haben. Auch wenn sie nichts weiter getan hätte, als die Depostengeber in unvernünftigen Schenkungsweisungen anzulegen — und die Bilanz weist ja an Wechseln und unvernünftigen Schenkungsweisungen nicht weniger als 16 Milliarden, das heißt, das Vierzigfache des Aktienkapitals, auf —, würde der Unterschied zwischen dem Zins, den sie zahlte, und dem Zins, den sie erhielt, eine neuntelrige Zahl von Mark als Reingewinn abgeworfen haben. Und sie hat doch einen großen Teil ihrer Schulden nicht mit 4 oder 5 %, sondern mit 8 % und mehr belastet. Aber das Verdiente ist eben verstreut, und der Außenstehende kann unmöglich den wahren Reingewinn der Deutschen Bank auch nur annähernd schätzen. Noch undurchsichtiger ist der Abschluß der Dresdner Bank. Sie weist bei einem Gesamtumsatz von 1090 Milliarden Mark einen Reingewinn von nur 144 Millionen Mark aus. Als Neogewinn sind gebucht:

Gewinnquellen	Dresdner Bank Millionen Mark	Deutsche Bank Millionen Mark
Zinsen und Wechsel	230,2	443,8
Provisionen	175,1	198,2
Alles übrige	16,4	71,0
Zusammen	421,7	713,0

Danach würden mindestens 96 % des Neogewinns aus Geschäften fließen, wie sie ähnlich jede bessere Sparkasse macht, und wozu eine Sparkasse keines Angelegten mit einem höheren Gehalt als 40 000 M. benötigt. Der Neogewinn aus dem speziellen Bankgeschäft würde aber nicht einmal ausgereicht haben, um die Reineingehälter und Lantien der Direktoren und des Aufsichtsrats zu bestreiten. Selbstverständlich ist der wahre Sachverhalt ein ganz anderer.

Nun wird mancher Leser des Geschäftsberichts sagen: Geht, der Abschluß ist schwindel, aber die Zahlenangaben über die allgemeine wirtschaftspolitische Lage sind richtig. Jedoch auch das ist nicht der Fall. In dem Bericht der Dresdner Bank heißt es zum Beispiel: „Die von 10 bis zu 80 % ansteigende Einkommensteuer trifft schon die über 50 000 Papiermark, das sind also etwa 4000 Goldmark, hinausgehenden Einkommen mit 45 %.“ Der Leser, der weiß, daß die Verfasser des Geschäftsberichts die Höhe der Einkommensteuer kennen und der eine bewußte Fälschung für ausgeschlossen hält, wird nun annehmen, ein Mann zum Beispiel mit einem Einkommen von 55 000 M. müßte 45 %, das heißt, 24 750 M., Einkommensteuer zahlen. Laß sich hat er aber — selbst wenn er weder Frau noch Kinder hat, selbst wenn er keinerlei Abzüge für Werbungskosten, Versicherungspremien, Ertragssteuern, Beiträge usw. machen dürfte — nur 12 230 M., das heißt, 22 %, Einkommensteuer zu entrichten. Hat er aber Frau und 3 Kinder und zahlt er 4000 M. als Werbungskosten usw. ab, so ermäßigt sich seine Steuer auf 9950 M., das heißt auf 18 % des Einkommens. Die Dresdner Bank mußte aber mit falschen Zahlen operieren, wenn sie zu der von ihr gewünschten Schlußfolgerung kommen wollte: „Ein Ausgleich des Reichshaushalts darf daher ebensowenig durch weitere Eingriffe in die Vermögenssubstanz wie durch Erhöhung der Einkommensteuer gesucht werden,

und es bleibt, abgesehen von den unbedingt notwendigen Ersparnissen in der Verwaltung, im wesentlichen — trotz innerpolitischer Bedenken — nur ein Ausbaub der indirekten Steuern möglich.“

Von geringem volkswirtschaftlichen Verständnis zeugt auch der Geschäftsbericht der Deutschen Bank. Da heißt es zum Beispiel: „Die Inflation mit ihrer Begleiterscheinung, der Entwertung unseres Geldes, hat unsere alten Wertmesser gestört. Die Papiermark aber, die an ihre Stelle getreten ist, kann, solange ihre Stabilität nicht erreicht ist, die Goldmark als zuverlässigen Wertmesser nicht ersetzen. Sie bleibt vorerst auf der einen Seite notwendiges Geldbeschaffungsmittel für den Staat, solange die Steuereingänge nicht ausreichen und die Verhältnisse die Aufnahme einer Anleihe nicht gestalten, auf der anderen Seite Spekulationsobjekt für die ganze Welt.“

Die Deutsche Bank tut gerade so, als ob „die Aufnahme einer Anleihe“ etwas wesentliches an dersel sei als die jetzt beliebte Ausgabe von Schatzwechseln und als ob die Inflation und ihre Wirkung unser Geld, „Aufnahme einer Anleihe“ bekämpft werden könnten! Immerhin enthält der wirtschaftspolitische Teil des Geschäftsberichts der Deutschen Bank im Gegenjah zu dem der Dresdner Bank keine Zahlen, die offensichtlich falsch sind. Ob aber alle diese Zahlen auch wirklich richtig sind? Der Geschäftsbericht behauptet: „Der Aktienbesitz ist in Deutschland in der Hauptsache nicht in den Händen des Großkapitals, er verteilt sich vielmehr auf sehr breite Schichten der Bevölkerung, die daran nur festhalten können, wenn er ihnen einen auskömmlichen Ertrag bringt. Nach unsern Feststellungen über die Verteilung der Aktien unserer Bank kann auf den einzelnen Aktionär durchschnittlich ein Besitz von nicht mehr als 9000 M. Nennwert angenommen werden.“

Wie will die Deutsche Bank denn das „festgestellt“ haben? Dazu fehlt ihr doch jede Handhabe. Und wenn die Zahl stimmen sollte, was würde sie denn beweisen? Es wäre dann immer noch möglich, daß jede Drittel der Aktien „in den Händen des Großkapitals“ wären, und daß die übrigen Aktionäre durchschnittlich 3000 M. Deutsche Bank-Aktien hätten. Und gibt es nicht auch viele Millionäre, die neben andern Effekten nur 3000 M. Deutsche Bank-Aktien besitzen?

Der Geschäftsbericht der Deutschen Bank sagt sehr richtig: „Die durch die Valuta-Verhältnisse vermehrten Zusammenhänge ausländischer Interessen mit dem deutschen Wirtschaftslieben haben das Maß der Verantwortung, die den Leitern unserer Unternehmungen obliegt, außerordentlich gesteigert.“ Aber hat man dem genügend Rechnung getragen? Die Leiter unserer größten Unternehmungen haben sich bei der Wabfassung des wirtschaftlichen Gutachten für die Londoner Konferenz unverschämlich blamiert. Sie haben bisher immer verjagt, wenn man sie aufgefordert hat, über allgemeine Nebenarten hinaus ein Programm für die Sanierung unserer Reichsfinanzen vorzuschlagen. Ihre Geschäftsberichte haben nachgerade ein Niveau erreicht, das nicht mehr unterschritten werden kann. Wäre es nicht an der Zeit, in diesen großen Unternehmungen neben Männern, die privatrechtliche Gewinne zu erzielen verstehen, auch solche aufzulegen zu lassen, die einen ausgeprägteren Wahrheitsdrang und ein größeres volkswirtschaftliches Verständnis besitzen?

Eine Streikorganisation der Unternehmer.

Diesmal handelt es sich nicht um eine Unternehmerorganisation, die den Streik der Arbeiter bekämpfen soll. Dieser neugegründete Unternehmerbund hat sich vielmehr das Ziel gesetzt, durch den Streik seiner Mitglieder diesen das Ausbeutungsprivileg zu sichern, die politischen Interessen des Bürgertums durch wirtschaftliche Kampfmittel zu schützen. Das „Wirtschaftsartell“, unter Ausschluß aller „sozialistischen“ Berufsorganisationen, läßt deutlich die Zeichen erkennen, unter denen die Darmstädter Philister liegen wollen. Zum besseren Verständnis für unsere Leser lassen wir das Rundschreiben, das zum Beitritt in diese Unternehmerstreikorganisation auffordert, folgen:

Kartell der Arbeitgeberverbände Darmstadt.

An die am Wirtschaftsartell zu interessierenden Organisationen. Darmstadt, 20. Juni 1921.

Am 15. Juni 1921 hat unter Teilnahme der Handelskammer, Handwerkskammer und der Landwirtschaftskammer Darmstadt eine von uns einberufene Sitzung stattgefunden über die Frage, ob die Vertreter der Wirtschaft eine Schutzorganisation bilden sollen. Diese Frage wurde allgemein bejaht, weil man damit rechnete, daß durch die Erfüllung des Ultimatum's weitgehende wirtschaftliche Störungen in der deutschen Wirtschaft eintreten werden, die wahrheitsgemäß eine Herabdrückung der Lebenshaltung aller und soziale Kämpfe bringen werden. Die Frage, ob man zu diesem Zweck dem bestehenden Gewerkschafts- und Wirtschaftsartell beitreten solle, wurde aus verschiedenen Gründen verneint, und es wurde einstimmig beschlossen, ein Wirtschaftsartell in Darmstadt zu gründen, das möglichst alle nichtsozialistischen Berufsorganisationen umfassen und den Zweck haben soll, besonders im Falle der Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung gemeinsame Interessen zu wahren. Dieses Machtmittel für dieses Wirtschaftsartell sind Boykott und Streik vorgesehen. Unser Kartell der Arbeitgeberverbände wird zurzeit 13 Organisationen angehöhlen, die alle bereit sind, in einem größeren Wirtschaftsartell im oben beschriebenen Sinne zusammenzutreten.

Wir erlauben uns, im Auftrage dieser Organisation Sie zu einer verbindlichen Aussprache über ein Wirtschaftsartell auf den 27. Juni, 6 Uhr nachmittags, im Restaurant „Sitt“, goldes Zimmer, einzuladen und bitten darum, einen oder mehrere Vertreter Ihrer Organisation zu entsenden. Hochachtungsvoll

Kartell der Arbeitgeberverbände Darmstadt. Der Vorsitzende: gez. Köhn.

Erwerbslosenstatistik im 1. Vierteljahr 1921.

Table with columns for unemployment statistics: Unterstützungsfälle, Zahl der Unterstützungsfälle im Monat, Alter in Jahren, and Unterstützungsbauer in Tagen. Includes sub-sections A. Krankenunterstützung and B. Arbeitslosenunterstützung.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Feststellungsergebnis vom 20. Juni.

Das Ergebnis ist leider unvollständig, weil aus dem Bezirk kein Bericht eingetroffen ist. Von je 100 der erfassten Mitglieder waren 3,15 arbeitslos; am vorigen Zähltag 3,45.

Table showing unemployment statistics by district (Bezirk) for the construction workers' union. Columns include district name, total members, unemployed members, and percentage.

gefehrt erlassen wurde, gehörte er zu den ersten aus Berlin ausgewiesenen. Er zog nach Hamburg, wurde jedoch 1850 auch dort ausgewiesen.

Dresden. (Außerordentliche Vertreterkonferenz am 26. Juni 1921.) Folgende Tagesordnungspunkte waren zu verhandeln und dazu Beschlüsse zu fassen: 1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung.

Arbeitsmarkt.

Der städtische Arbeitsnachweis in Buer i. W. sucht etwa 20 Maurer, möglichst über 20 Jahre alte.

Im Vereinsgebiet Hohenstein-Ernstthal in Sachsen können noch rund 200 Maurer in Arbeit treten.

Die Bauproduktionsgenossenschaft 'Vorwärts' in Vegesack stellt sofort 25 bis 30 Maurer ein für voraus-sichtliche Winterarbeit.

In Wernigerode im Harz stellen die Unternehmer Hermann Taub und A. Erbe zusammen noch etwa 20 Maurer ein.

Berichte.

Albert Paul †

Einer unserer ältesten Kämpfer ist am 28. Juni gestorben. Albert Paul, ein Mitbegründer der Maurerorganisation ist von uns gegangen.

Dem Allgemeinen Deutschen Bauarbeiterverband hat er 1869 bei und im gleichen Jahre auch dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.

Diese emsige Tätigkeit trug Albert Paul zwar keine materiellen Erfolge, wohl aber den Kern der Reaktion ein, so daß er 1871 und 1872 zweimal angefaßt wurde; einmal sogar wegen Landfriedensbruchs.

bandsbeitrag, der bisher einen halben Stundenlohn betrug, nach dem Beschluß des Rates auf drei Viertelstundenlohn zu erhöhen.

In der Aussprache wurde zuerst über die Beschlüsse des Rates gesprochen. Von allen Rednern wurde die Notwendigkeit, den alten Grundlohn (ein Stundenlohn, ein Beitrag) wieder zur Geltung zu bringen, ohne weiteres anerkannt.

Die Verhandlungen fanden nun am 23. Juni in Leipzig statt. Waren schon die Vorberhandlungen schwierig, so waren es die Verhandlungen am 23. Juni nicht minder.

Am 7. Juni in Trier. Kollege Friedrich aus Gelnhausen hielt einen Vortrag über: Unsere gegenwärtige und zukünftige Aufgabe.

Die Sitzung beantragte Erweiterung ihres Antrages auf die Aufgabe gemäß § 5 Ziffer 3 des Reichstarifvertrages.

Die Lebenshaltung teuer werden wird. Aber im gegenwärtigen Zeitpunkt ist auf Grund der Teuerungsschätzungen ein wesentliche Verteuerung der Lebenshaltung im Sinne von § 5 Ziffer 4 des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe noch nicht eingetreten.

Kollege Richter empfahl der Vertreterkonferenz, obwohl der Schiedsspruch nicht alles bringt, was wir nach Lage der Sache hätten erwarten sollen, den Schiedsspruch anzunehmen.

